



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **119. Sitzung (öffentlich)**

8. April 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:25 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Rainer Klemann

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **5**

**1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsstärkungsgesetz)** **7**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/9795

Ausschussprotokoll 16/1139

Der Ausschuss wertet die Anhörung vom 21. Januar 2016 aus und kommt überein, sich am 29. April 2016 letztmalig mit dem Gesetzentwurf Drucksache 16/9795 zu befassen und dann ein Votum an den federführenden Hauptausschuss abzugeben.

**2 Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016 23**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/11309

Stellungnahme 16/3610

Stellungnahme 16/3611

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der Piraten für den Gesetzentwurf Drucksache 16/11309 aus.

**3 Vectoring-Monopol der Deutschen Telekom verhindern! 24**

Antrag der  
Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/10299

Ausschussprotokoll 16/1168

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP den Antrag Drucksache 16/10299 ab.

**4 Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften 26**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/11436

Der Ausschuss wird sich auf Wunsch der antragstellenden CDU-Fraktion pflichtig an der vom federführenden Ausschuss für Kultur und Medien geplanten Anhörung zum Antrag Drucksache 16/11436 beteiligen.

**5 Die Landesregierung muss privates Engagement bei der Unterstützung von Flüchtlingen unterstützen 27**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/11434

Der Ausschuss wird den Antrag Drucksache 16/11434 nach der Anhörung am 27. April 2016, an der er nachrichtlich beteiligt ist, zur abschließenden Beratung erneut aufrufen.

\* \* \*



## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Stefan Kämmerling** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Minister Jäger, und gratuliert im Namen des Ausschusses nachträglich der Abgeordneten Marie-Luise Fasse zu ihrem Geburtstag am 30. März und dem Abgeordneten Jens Nettekoven zu seinem Geburtstag am 31. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sei noch eine Verfahrensfrage zu klären. Gestern habe man sich verständigt, die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11251 „Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes“ und zum Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/11228 „Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben – Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der Flüchtlingspauschale vornehmen“ zu vertagen. Trotzdem solle die zweite Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum weiterhin im Juni 2016 stattfinden. Die nächste geplante Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik, der bei beiden Papieren mitberatend tangiert sei, finde vereinbarungsgemäß am 29. April 2016 statt.

Der Innenausschuss werde diese Beratungsgegenstände am 28. April 2016 erneut aufrufen. An dieser Sitzung müsse auch der Ausschuss für Kommunalpolitik teilnehmen. Dabei sei zu bedenken, dass der Innenausschuss in dieser Sitzung einen Tagesordnungspunkt gemeinsam mit dem Wissenschaftsausschuss behandle, sodass eine größere Anzahl von Abgeordneten dort sein werde, und zwar in einem relativ kleinen Raum im Erdgeschoss.

Deswegen schlage er vor, für den Ausschuss für Kommunalpolitik aus Praktikabilitätsgründen Abstimmung in Fraktionsstärke zu vereinbaren. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Damit sei das so beschlossen, stellt der Vorsitzende fest.

In Bezug auf die Uhrzeit dieser Sitzung habe der Innenausschuss zwei Vorschläge unterbreitet.

Der erste Vorschlag laute, am Donnerstag, 28. April 2016, um 9 Uhr eine gemeinsame Sitzung des Innenausschusses und des Ausschusses für Kommunalpolitik durchzuführen, bei der als einziger Tagesordnungspunkt diese beiden Papiere behandelt würden.

Der zweite Vorschlag sei, die beiden Papiere nach der um 10 Uhr stattfindenden Anhörung des Innenausschusses zu beraten, und zwar um 11:30 Uhr. Er werde den Vorsitzenden des Innenausschusses bitten, diesen Tagesordnungspunkt auch dann erst um 11:30 Uhr aufzurufen, wenn die Anhörung überraschenderweise früher beendet sein sollte. Diesen Vorschlag halte er unter den gegebenen Umständen für die vernünftigste Lösung, bitte aber um Wortmeldungen dazu.

**Christian Dahm (SPD)** erklärt, seine Fraktion favorisiere einen Aufruf um 11:30 Uhr und Abstimmung in Fraktionsstärke.

**Mario Krüger (GRÜNE)** wirft ein, die Beteiligten aus der Grünenfraktion seien als Frühaufsteher bekannt. Insofern habe für ihn der Termin um 9 Uhr Vorrang. Aus Gründen der Koalitionsräson werde er aber dem zweiten Vorschlag zustimmen.

**Vorsitzender Stefan Kämmerling** stellt fest, dass erstens keine weiteren Wortmeldungen vorlägen und zweitens sich niemand gegen den Vorschlag ausspreche, diesen Tagesordnungspunkt um 11:30 Uhr zu behandeln, und zwar verbunden mit der Bitte an den Innenausschuss, ihn auf keinen Fall früher aufzurufen. Er werde den Vorsitzenden des Innenausschusses entsprechend anschreiben und die Obleute informieren, sobald ihm eine Rückmeldung vorliege.

Nach diesen Vorbemerkungen fragt der Vorsitzende, ob es Änderungswünsche zu der mit Einladung 16/1652 vorliegenden Tagesordnung gebe, und hält fest, das sei nicht der Fall.